

Es geht nicht um „Versagen“!

Erhard Crome

Die sich zunächst um Griechenland rankende Krise wurde zu einer europäischen, die den Euro bedroht. Allenthalben wird die Frage gestellt: Wer ist schuld? In deutschen Groß-Medien wird auf das Zögern der derzeitigen Bundesregierung verwiesen. Der Euro rutschte in die Gefahrenzone. Aber ist der Verweis auf falsche Politik die Antwort auf die Frage nach dem erneuten Aufbrechen der Finanzkrise?

Im Unterschied zu 1929 ff. haben die Regierenden in der jetzigen Finanzkrise gehandelt. Der Zusammenbruch blieb aus; der Rückgang der Leistung der „Realwirtschaft“, der Beschäftigung und der Einkommen hielt sich in Grenzen. Die Krise schien politisch bewältigbar und die Regierungspolitiker in den USA, der EU und anderswo klüger als die damals Verantwortlichen.

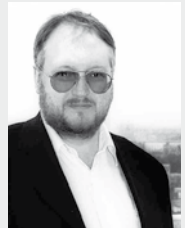
Dabei wurde aber etwas übersehen. Die Akkumulation von Kapital führt zu einem „Überfluss“ an Kapital. Die Krise hat innerhalb des Krisenzyklus der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung die Funktion, das Kapital, das überschüssig geworden ist, weil es keine Anlage mehr findet, brachzulegen und nach Möglichkeit zu vernichten. Anders kann ein neuer Wirtschaftsaufschwung nicht kommen. „Das ganze künstliche System gewaltsamer Ausdehnung des Reproduktionsprozesses kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, dass nun etwa eine Bank, z. B. die Bank von England, ... die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft“ (Karl Marx, Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 507).

Mit der „Bankenrettung“ der vergangenen zwei Jahre ist aber genau das getan worden. Die „systemisch“ wichtigen Banken wurden gerettet, indem sie ihr überflüssiges Spekulationskapital nicht abwerten und ausbuchen mussten. Die Entwertung des überschüssigen Kapitals wurde politisch verhindert. Die Spekulation beißt jetzt in die Hände, die sie vor Kurzem noch gerettet haben. Wegen der strukturellen Schwäche des Euro – gemeinsame Währung und keine gemeinsame Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Haushaltspolitik – wurden die schwächeren Euroländer zum Objekt der Begierde.

Wir befinden uns in der zweiten Phase der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Dies und die Art und Weise ihres Verlaufs ist Ergebnis der erfolgten Bekämpfung der Krise 2008. Der Kampf tobt jetzt auf drei Ebenen. Zunächst die Auseinandersetzung, ob der Schutz der „Realwirtschaft“ die Erhaltung der Buchwerte der Banken, die jetzt an der Staatsverschuldung im Gefolge der Anti-Krisenpolitik verdienen, erfordert. Die „Rettung“ Griechenlands zielt auch auf die Bilanzen der deutschen Banken, die griechische Schuldtitel kauften. Solange die spekulativen Kapitalmengen der Banken und Hedgefonds aber nicht entwertet werden oder ihr Wirken nicht wirksam eingeschränkt wird (Verbot von Leerverkäufen, Verbot von Hedgefonds, Kapitaltransaktionssteuer usw.), setzt sich das aggressive Spekulieren fort. Kurz: Es ist noch nicht ausgemacht, dass die Krise längerfristig bekämpft werden kann, indem die Abwertung der spekulativen Nominalwerte des Kapitals verhindert wird.

Zweitens geht es nicht nur um den Euro, sondern um die Auseinandersetzung mit dem US-Dollar. Analytiker warnten schon in den 1990er Jahren, dass der Euro die größte Herausforderung für den US-Dollar als Leitwährung seit 1945 ist; die USA würden dies nicht hinnehmen. Die von Obama geforderte drastische Steigerung der Exporte der USA-Realwirtschaft ist nicht in einem „friedlichen“ Konkurrenzkampf gegen die EU und China erreichbar. China verfügt über starke staatlich kontrollierte Abwehrmechanismen in der Geld- und Finanzpolitik und sitzt mit seinen riesigen Auslandsguthaben gegenüber den USA ohnehin am längeren Hebel. In diesem Dreieck ist die EU das schwächste Glied.

Drittens steht die Frage, wer die Kosten der Krise trägt. Das „griechische Kürzungsprogramm“ – Anhebung der Steuern, Gehalts- und Rentenkürzungen, Absenkung staatlicher Stützungen – wurde zuerst in Estland und Ungarn ausprobiert, ist jetzt Griechenland oktroyiert und steht nun Portugal, Spanien und anderen Ländern im Süden Europas bevor. Unter Verweis auf „Schuldenreduzierung“ soll es auch auf Deutschland erstreckt werden. Die Frage ist, ob Sozialstaatlichkeit erhalten bleibt oder ob die Krise benutzt wird, um das große Kapital zulasten der Arbeitenden, des Mittelstands und der sozial Schwachen weiter zu stärken. Und dies ist Kampf. 🌐



Dr. habil. Erhard Crome,
geb. 1951, Politikwis-
senschaftler, Mitglied
des Wissenschaftlichen
Beirates von *WeltTrends*.
crome@rosalux.de